



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
- L 215 -

Kiel, 20. Januar 2012
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1141
(0431) 988 1152
Fax (0431) 5300 4 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t

über die

*83. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses***

*am Mittwoch, dem 18. Januar 2012,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 13:05 Uhr

Der Ausschuss ließ sich das **Projekt Beratungsstelle im Packhaus als Kompetenzzentrum** im Zusammenhang mit der Betreuung von Sexualstraftätern von pro familia Schleswig-Holstein vorstellen.

Der Innenminister berichtete über die **rechtlichen Möglichkeiten der zuständigen Versammlungsbehörde zum Verbot einer für den 31. März 2012 in Lübeck angemeldeten Demonstration von Rechtsextremisten**, Antrag des Abg. Dr. Kai Dolgner, [Umdruck 17/3415](#). Hieran schloss sich eine Aussprache an.

Außerdem nahm der Ausschuss einen Bericht des Justizministers auf Antrag der Abgeordnete Thorsten Fürter und Luise Amtsberg, [Umdruck 17/3271](#), zum **Brand in der Lübecker Hafenstraße** am 18. Januar 1996 entgegen. Es schloss sich eine Diskussion an.

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Novellierung des Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetzes (BFQG) zu einem Weiterbildungsgesetz Schleswig-Holstein (WBG)**, [Drucksache 17/1854](#), kam der Ausschuss überein, auf die Abgabe eines Votums gegenüber dem federführenden Bildungsausschuss zu verzichten.

Er nahm die **Beschlüsse der 25. Veranstaltung „Jugend im Landtag“** vom 27. November 2011, [Umdruck 17/3270](#), zur Kenntnis und verwies sie zur weiteren Beratung an die Fraktionen, um gegebenenfalls daraus parlamentarische Initiativen zu entwickeln.

Einstimmig empfahlen die Ausschussmitglieder dem Landtag, in den Verfahren vor dem Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgerichts betr. **Antrag auf konkrete Normenkontrolle (Ordnungsrecht/Gefährhundegesetz)**, [Umdruck 17/3309](#) (intern), und betr.

Kommunale Verfassungsbeschwerde (Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und Tagespflege), [Umdruck 17/3365](#) (intern), dem Landtag zu empfehlen, keine Stellungnahmen abzugeben.

Die Ausschussmitglieder kamen überein, die Beratungen zum Bericht der Landesregierung, **Überprüfung der GMSH einleiten**, [Drucksache 17/1572](#), und zum Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP zur **Änderung der Gemeindeordnung und des Kommunalabgabengesetzes**, [Drucksache 17/1600](#), auf ihre Sitzung am 15. Februar 2012 zu verschieben. In der Sitzung sollen auch die Vorlagen zur **Neuregelung der kommunal- und verfassungsrechtlichen Vorschriften** in Schleswig-Holstein auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Zur Beratung des Berichts der Landesregierung, **Förderung von Frauen und Mädchen im Sport**, [Drucksache 17/1852](#), soll für die Sitzung am 1. Februar 2012 ein Vertreter des Landessportverbandes eingeladen werden. Die Sitzung wird schon um 14 Uhr beginnen.

Die Ausschussmitglieder kamen überein, die Anregung des Flüchtlingsbeauftragten aufzunehmen, zu ihrer weiteren Beratung zur **Unterbringungssituation von Asylsuchenden in den Kreisen und kreisfreien Städten in Schleswig-Holstein** in der Sitzung am 29. Februar 2012 auch Vertreter des Flüchtlingsrates einzuladen.

Schluss: 16:05 Uhr

gez. Dörte Schönfelder